

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann, Dr. Diether Dehm und der Fraktion DIE LINKE.

Europäischer Zusammenschluss für territoriale Zusammenarbeit

Am 7. März 2006 legte die EU-Kommission einen geänderten Vorschlag für eine „Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Errichtung eines Europäischen Zusammenschlusses für territoriale Zusammenarbeit (EZTZ)“ vor. Auf der VII. Regionalkonferenz Küstrin-Kiez in der grenzüberschreitenden Oderregion am 19. April 2006 wurde die Absicht deutlich, die EZTZ so bald als möglich als rechtliche Grundlage für eine beiderseits nutzbringende Zusammenarbeit in der deutsch-polnischen Grenzregion zu nutzen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Position hat die Bundesregierung zu dem von der EU-Kommission vorgelegten Vorschlag für eine EZTZ-Verordnung?
2. Sind der Bundesregierung Äußerungen bzw. Stellungnahmen des Bundesrates zu der EZTZ-Verordnung bekannt, und wie wird die Verordnung darin bewertet?
3. Plant die Bundesregierung, die betroffenen öffentlichen Körperschaften, insbesondere die Landkreise, Städte und Gemeinden, in den Grenzregionen in die Bewertung der EZTZ-Verordnung einzubeziehen?
4. Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, dass die EZTZ-Verordnung zum 1. Januar 2007 und damit zum Beginn der neuen EU-Förderperiode in Deutschland Gültigkeit erlangen kann?

Berlin, den 5. Mai 2006

Dr. Dagmar Enkelmann
Dr. Diether Dehm
Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

